

## **Beantwortung der Wahlprüfsteine der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule**

---

### **1. Wie stellt sich Ihre Partei zum Ziel des längeren gemeinsamen Lernens, welches die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG) vertritt, und was wird sie ggf. unternehmen, um dem Ziel der „einen Schule für alle“ in der kommenden Wahlperiode näherzukommen?**

Bündnis 90/Die Grünen unterstützen das längere gemeinsame Lernen. Die Gemeinschaftsschulen zeigen mit ihrer Arbeit, dass Schüler\*innen häufig bessere Schulabschlüsse erreichen als in der 4. Klasse prognostiziert. Dazu brauchen sie eine gute personelle Ausstattung. Wir sehen aber, dass auch die Gymnasien in unserem Land nachgefragt sind. Wir wollen deshalb in der kommenden Wahlperiode einen Schwerpunkt auf die inhaltliche Weiterentwicklung des Lernens an unseren Schulen legen. Schule soll stärker ein Raum werden, in dem die Schüler\*innen ihre Stärken und Interessen entdecken und diese weiter ausbauen können, ein Raum mit offenen Lernformen und auch fächer- und jahrgangübergreifenden Unterrichtskonzepten. Dazu werden wir die Kontingentstundentafel auf den Prüfstand stellen und anpassen, um den Schulen mehr Freiräume bei der Umsetzung innovativer Konzepte zu geben und Bereiche wie informatische Bildung, WiPo, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Verbraucher\*innenbildung zu stärken.

### **2. Nachweislich zahlreicher Studien, insbesondere PISA, ist in Deutschland die Kopplung von sozialem Status der Eltern und dem Bildungserfolg der Kinder im Vergleich zu anderen Ländern nach wie vor extrem hoch. Was wird Ihre Partei tun, um dieser extremen Bildungsungerechtigkeit entgegenzuwirken?**

Bildungsgerechtigkeit ist einer der zentralen Ziele Grüner Bildungspolitik. Wir haben bereits in unserem letzten Wahlprogramm einen Bildungsbonus gefordert und im Jamaika-Koalitionsvertrag verankert. Zur Unterstützung von Schulen, die sich in einem besonders herausfordernden sozialen Umfeld befinden, haben wir 2019 das PerspektivSchul-Programm initiiert. Mit diesem Programm erhalten Schulen einen „Bildungsbonus“, der vielen Kindern und Jugendlichen mit Lern- und Lebenserschwernissen Rückenwind gibt. Dafür stellen wir für 62 PerspektivSchulen bis 2024 mehr als 50 Millionen Euro zur Verfügung. Der Bildungserfolg unserer Schüler\*innen, Bildungsgerechtigkeit und die Möglichkeit für Schulen, eigene Lösungen für ihre Herausforderungen zu finden, sind uns wichtig. Wir wollen dieses Programm ausbauen und stärken.

### **3. Wie stellt sich Ihre Partei zu Forderungen, weitere eigene Oberstufen an Gemeinschaftsschulen einzurichten bzw. Oberstufenzentren oder –kooperationen anzubieten? Werden Sie die Möglichkeit geben, kleine Oberstufen zumindest im Rahmen von Schulversuchen zu erproben?**

Wir wollen die bestehende Möglichkeit erhalten, neue Oberstufen an Gemeinschaftsschulen einzurichten. Der Einrichtung von Oberstufenzentren stehen wir offen gegenüber. Wir unterstützen verstärkte Kooperationen zwischen Gemeinschaftsschulen ohne eigene Oberstufe und Gymnasien oder berufsbildenden Schulen/RBZ. Wichtig ist, dass in allen Kreisen neben den Gymnasien eine weitere

Schule mit Oberstufe in erreichbarer Nähe ist. Um den Bedarf an Schulplätzen besser planen zu können, brauchen wir eine verlässliche Schulentwicklungsplanung mit einer gemeinsamen Datenbasis von Kreisen und Kommunen.

**4. Was wird Ihre Partei gegen die aus unserer Sicht pädagogisch verfehlte Praxis der zwangsweisen Abschlüssen unternehmen – und was werden Sie dafür tun, damit Schulen für aufgenommene Schüler\*innen während ihrer gesamten Bildungslaufbahn bis zu einem angemessenen Abschluss verantwortlich bleiben?**

Die Zahl der Schrägversetzungen von Gymnasien zu Gemeinschaftsschulen ist sehr unterschiedlich. Viele Gymnasien beraten Schüler\*innen und Eltern bei der Aufnahme in die 5. Klasse verantwortungsbewusst und fördern ihre Schüler\*innen auch so, dass nur eine geringe Anzahl die Schulart wechselt. An anderen Gymnasien gibt es viele Schrägversetzungen.

Wir wollen prüfen, wie wir das Personalzuweisungsverfahren so nachsteuern, dass die Lehrkräftestunden den tatsächlichen Schüler\*innenzahlen entsprechend an den Schulen ankommen.

**5. Wie stellt sich Ihre Partei zur generellen Einrichtung einer Ausbildung zur Sekundarstufenlehrkraft mit der Befähigung, an allen Schularten von Jahrgangsstufe 5 bis zum Abitur zu unterrichten? Wie werden Sie diese Ausbildung in der neuen Legislaturperiode konkret gestalten?**

Wir hatten in der 18. Wahlperiode die Lehrkräfteausbildung zur Sekundarschullehrkraft eingeführt und unterstützen dies weiterhin. Damit die Ausbildung kompatibel mit den KMK-Vereinbarungen zur gegenseitigen Anerkennung der Lehramtsbefähigung ist, muss für die Anerkennung als Lehrkraft für die Sek. II im Referendariat auch in einer Oberstufe unterrichtet worden sein.

**6. Was gedenkt Ihre Partei zu unternehmen, um die Versorgung aller Schulen mit qualifizierten Lehrkräften zu gewährleisten? Diese Forderung gilt insbesondere für Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe, aber auch Grundschulen und Förderzentren.**

Der Fachkräftemangel ist ein Problem in vielen Berufsfeldern. Auch die Gewinnung von Lehrkräften ist seit mehreren Jahren vor allem an den von Ihnen genannten Schularten nicht ausreichend. Wir haben in den letzten Jahren die Studienplätze für Grundschullehrkräfte und Sonderpädagog\*innen ausgebaut, um dem Bedarf gerecht zu werden. Außerdem haben wir einen Gehaltszuschlag für das Referendariat in Kreisen mit besonderem Lehrkräftemangel eingeführt. Mit der Entwicklung des Lehrkräftebedarfsprognosetools und der Einrichtung der Allianz für Lehrkräftebildung haben wir die Grundlagen für die inhaltliche und bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Lehrkräfteausbildung geschaffen und erwarten hier kurzfristig erste Vorschläge, um den Lehrkräftebedarf zu decken. Wir befürworten eine Flexibilisierung des Referendariats, um auch Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe mit ausreichend Lehrkräften auszustatten.

**7. Wie gedenkt Ihre Partei das Gebot der schulischen Inklusion, das sich auch aus der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention ergibt, a) mit Hilfe multiprofessioneller Teams und voller Integration der Förderlehrkräfte noch konsequenter umzusetzen b) an allen Schulen zu verwirklichen?**

Gemeinsames Lernen von Schüler\*innen mit unterschiedlichen Talenten, Fähigkeiten und Unterstützungsbedarfen muss selbstverständlich sein. Dafür braucht es gute personelle, sächliche und organisatorische Rahmenbedingungen. Wir werden bis zum Jahr 2024 490 zusätzliche Stellen für Sonderpädagog\*innen zur Verfügung gestellt haben. Wir haben die Studien- und Referendariatsplätze ausgebaut. Es braucht aktuell außerdem den Quer- und Seiteneinstieg und weitere Modelle.

Wir wollen multiprofessionelle Teams und die Schulsozialarbeit stärken. Angehende Lehrer\*innen werden wir mit weiteren Angeboten zur inklusiven Didaktik in der pädagogischen und fachdidaktischen Grundausbildung noch besser auf den inklusiven Berufsalltag vorbereiten. Außerdem wollen wir weitere Pool-Modelle aus Schulbegleitung und Schulassistenz, ermöglichen, sodass sie nach Bedarf in den Klassen eingesetzt werden können. So profitieren mehr Schüler\*innen und wir ermöglichen Kontinuität und Professionalisierung der Schulbegleitungen.

**8. Wie stellt sich Ihre Partei zur Forderung eines Sozialindex, auf dessen Basis die bedarfsgerechte Ausstattung von Schulen geregelt wird: z.B. im Sinne zusätzlicher System-, Beratungs- und Betreuungszeit?**

Wir halten die Erarbeitung eines Sozialindex als Basis für eine bedarfsgemäße Zuteilung der Mittel für sehr wichtig. Wir werden uns deshalb für die Entwicklung eines regelmäßig zu aktualisierenden Sozialindex einsetzen, um die Mittel bedarfsgerecht auf die Schulen zu verteilen. Aus dem Startchancen-Programm des Bundes erhoffen wir uns weiteren Rückenwind.